

Informationen zum Thema:

Was ist eigentlich Alkoholkontrollpolitik?

Kurzdefinition

Als Alkoholkontrollpolitik bezeichnet man alle politischen Maßnahmen, die bei Herstellung, Vermarktung und Verbrauch von alkoholischen Getränken steuernd eingreifen und die auf eine Reduzierung der Folgeschäden des Alkoholkonsums abzielen. Dies kann bedeuten, den Markt zu regulieren, den gesundheitlichen Schutz der Bürger und Bürgerinnen zu stärken oder spezifische Probleme, wie z.B. Alkohol am Steuer, zu bekämpfen. Häufig wird auch der kürzere Begriff „Alkoholpolitik“ verwendet.

Welche Ziele verfolgt Alkoholkontrollpolitik?

Alkoholkontrollpolitik verfolgt das übergeordnete Ziel, alkoholbedingte Schäden zu verhindern oder zu reduzieren. Dabei kann sie verschieden vorgehen:

- Sie kann auf das Trinken von Alkohol an sich abzielen, d.h. sie kann versuchen Abstinenz zu fördern, das allgemeine Konsumniveau zu senken oder das Einstiegsalter für Alkoholkonsum zu erhöhen.
- Sie kann auf die Veränderung von gefährlichen Trinkmustern hinwirken, wie regelmäßiges übermäßiges Trinken, „Binge-drinking“ (fünf oder mehr Standardgläser bei einer Gelegenheit) oder Trinken bis zur Alkoholvergiftung.
- Sie kann versuchen das Ausmaß der Folgeschäden von Alkoholkonsum zu senken, indem sie z.B. das Fahren unter Alkoholeinfluss verbietet.

Wo setzt Alkoholkontrollpolitik an?

Es gibt verschiedene Arten von Alkoholpolitik, die bestimmte Zielgruppen und Problemlagen berücksichtigen. Man unterscheidet folgende Handlungsfelder, die manchmal auch mit einander verknüpft sind:

- Beeinflussung des Angebots von Alkohol durch Kontrolle des Zugangs und der Verfügbarkeit. Dies kann geschehen durch ein Staatsmonopol für Alkohol, Verkaufsbeschränkungen, Festlegung eines Mindestalter für Kauf und Konsum von Alkohol.
- Beeinflussung der Nachfrage nach Alkohol durch Steuern, Preisgestaltung, Regelungen für Werbung und Marketing sowie durch Aufklärung.
- Zielgruppenspezifische Interventionen für Jugendliche und Schwangere.
- Behandlung von Alkoholkranken und Frühintervention.

- Maßnahmen gegen Alkohol im Straßenverkehr.
- Maßnahmen gegen Alkohol am Arbeitsplatz.

Welche Rahmenbedingungen beeinflussen die Alkoholkontrollpolitik?

Alkoholkonsum ist abhängig von der gesellschaftlichen Akzeptanz. Das heißt, obwohl es natürlich jedem Menschen freigestellt ist Alkohol zu konsumieren oder nicht, so ist es doch von Bedeutung, welche Rolle Alkohol für die Menschen in einem Land oder für eine bestimmte Altersgruppe spielt. In manchen Ländern ist es üblich Alkohol zum Essen zu trinken, in anderen Ländern wird er eher zu festlichen Gelegenheiten getrunken und in anderen aus religiösen Gründen gar nicht. Diese kulturellen Eigenheiten beeinflussen auch das individuelle Verhalten.

Alkohol ist aber nicht nur ein Genussmittel, sondern auch eine Ware. Daher verbinden sich mit ihm wirtschaftliche Interessen, denn wer Alkohol produziert, will auch daran verdienen. In den vergangenen Jahren hat die internationale Wirtschaftsentwicklung zu großen, grenzüberschreitenden Konzentrationsprozessen in der Alkoholindustrie geführt. Starke Interessenverbände der Alkoholindustrie machen eine stille, aber intensive Lobbyarbeit, um sich größtmöglichen Spielraum für den Absatz alkoholischer Getränke und damit für Gewinne zu sichern. Mit süßen Alkoholmischgetränken oder Kalorien reduzierten Biersorten sollen neue Käuferschichten angesprochen werden. Die witzigen Werbespots sollen vor allem Jugendlichen und jungen Frauen ansprechen und ihnen diese Produkte schmackhaft machen. Diese jugendspezifischen Marketingstrategien verstoßen zwar nicht gegen den Wortlaut der vereinbarten freiwilligen Verhaltensregeln des deutschen Werberatesⁱ, sie unterlaufen aber eindeutig die ihnen zugrunde liegenden **ethischen Prinzipien**, denn es ist bekannt, dass Alkoholkonsum bei jungen Menschen die größten Schäden verursacht. Da freiwillige Selbstkontrollen bisher kaum Wirkung gezeigt haben, stellen rechtliche Mittel die wirksamsten Maßnahmen der Alkoholkontrollpolitik dar.

Ausmaße des Problems

Die Vorstellung, dass Missbrauch von Alkohol nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung betrifft, ist falsch. Zwar sind „nur“ ca. 1,7 Mio. Deutsche alkoholabhängigⁱⁱ, jedoch beträgt der Anteil an alkoholbedingten Todesfällen im Alter zwischen 35 und 65 Jahren bei Männern 25% und bei Frauen 13%.ⁱⁱⁱ Alkohol ist nach Nikotinkonsum und Bluthochdruck das dritthöchste Risiko für Krankheit und Tod in Europa noch vor Übergewicht und Cholesterin^{iv}.

Viele alkoholverursachte negative Auswirkungen treffen Dritte, die gar keinen Alkohol getrunken haben oder nicht für den Alkoholkonsum verantwortlich sind. Hierzu gehören vor

allem Menschen, die durch alkoholisierte Autofahrer verletzt oder getötet werden, und Kinder Alkohol missbrauchender Eltern.

Auch wirtschaftlich gesehen verursacht Alkoholkonsum Schäden z.B. durch alkoholbedingte Fehlzeiten am Arbeitsplatz und durch alkoholbedingtes früheres Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, sei es durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit.

In 327.134 aller aufgeklärten Delikte im Jahr 2004, das sind 9,1 %, wurde bei den Tatverdächtigen Alkoholeinfluss bei der Tatbegehung festgestellt. Bei Gewaltdelikten schnellte der prozentuale Anteil auf fast 30 Prozent hoch^v.

Jeder vierte Mann in Deutschland, der im Alter zwischen 35 und 65 Jahren stirbt, stirbt an den Folgen von Alkoholkonsum

12% der Verkehrstoten und 11% der Schwerverletzten gehen auf das Konto von Alkohol^{vi}

In Deutschland schätzt man die Zahl der Kinder alkoholabhängiger Eltern auf ca. 2,65 Mio^{vii}

Über 2000 alkoholgeschädigte Babys werden jährlich in Deutschland geboren^{viii}

Fast jeder dritte Gewaltakt wird unter Alkoholeinfluss begangen.

Volkswirtschaftliche Kosten

Alkohol verursacht für unterschiedliche Aspekte des menschlichen Lebens eine erhebliche Belastung. Diese können in gesundheitliche Schäden und negative soziale Auswirkungen unterteilt werden. Die Kosten, die durch alkoholbezogene Krankheiten verursacht werden, werden in Deutschland pro Jahr auf ca. 20 Mrd. €^{ix} geschätzt. Dazu kommen Kosten von alkoholassozierten Delikten, die z.B. der Polizei, Gerichten, Gefängnissen und Versicherungen entstehen, sowie Kosten durch Produktivitätsverluste aufgrund alkoholassoziierter Fehlzeiten und Arbeitslosigkeit. Besonders hoch sind die so genannten immateriellen Kosten. Darunter versteht man die Werte, die man jenen Schmerzen, Leiden und Verlusten an Lebensjahren beimisst, die infolge von kriminellen, sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen des Alkoholkonsums entstehen.

Im Vergleich zu alkoholpolitischer Inaktivität würde die Einführung eines wirksamen Maßnahmenpakets zur Reduzierung der durch Alkohol verursachten Schäden in der gesamten Europäischen Union nur ca. 1% der durch Alkohol verursachten monetären Gesamtkosten für die Gesellschaft kosten^x.

Wirksamkeit von Alkoholkontrollpolitik

Alkoholpolitische Maßnahmen können nach verschiedenen Kriterien beurteilt werden: z.B. danach, wie teuer sie sind oder wie viel öffentliche Unterstützung sie erfahren. Das Hauptkriterium aber sollte sein, wie wirksam sie dazu beitragen, alkoholbedingte Schäden zu verhindern oder zu reduzieren. Die folgende Tabelle^{xi} zeigt eine Reihe von Interventionsmöglichkeiten, dabei bedeutet +++ höchste Wirksamkeit, ■ niedrigste Wirksamkeit und ? Wirkung unbekannt. Wichtig ist hierbei, dass nicht einzelne Programme bewertet werden, sondern die bevölkerungsbezogene Breitenwirkung.

Maßnahmen und Interventionen	Wirksamkeit
Regulierung der Verfügbarkeit von Alkohol	
- Mindestalter für den Erwerb von Alkohol	+++
- Regierungsmonopol für den Einzelhandelsverkauf	+++
- Beschränkung der Verkaufszeiten	++
Steuern und Preisgestaltung	
- Alkoholsteuern	+++
Veränderung der Trinkumgebung	
- Kein Ausschank an betrunkene Gäste	++
- Freiwillige Verhaltenskodexe	■
- Stärkere Regulierung von Schanklizenzen und Rechtlichen Auflagen	++
- Promotion von alkoholfreien Aktivitäten und Events	■
Bildung und Aufklärung	
- Aufklärungsunterricht in Schulen	■
- Öffentliche Aufklärungskampagnen	■
- Warnhinweise	■
Regulierung der Alkoholwerbung	
- Werbeverbote	+
- Kontrolle von Werbeinhalten	?
Maßnahmen gegen Alkohol am Steuer	
- Zufallsatemtests	+++
- Niedrige gesetzliche Promillegrenze	+++
- Niedrigere Promillegrenzen für junge Fahranfänger („0 Toleranz“)	+++
- Führerscheinentzug für Alkoholsünder	++
- „Wer-fährt-Programme“	■
Behandlung und Frühintervention	
- Kurzinterventionen bei Menschen mit risikoreichem Alkoholkonsum	++
- Entgiftung und Entwöhnung	+
- Selbsthilfe	+
- Pflichtkurse für wiederholte Alkoholsünder im Straßenverkehr	+

Literatur

- Anderson, R. & Baumberg, B. (2006), Alcohol in Europe – A Public Health Perspective, London, Institute of Alcohol Studies
- Babor et al. [2005], Alkohol – Kein gewöhnliches Konsumgut, Hogrefe Verlag Göttingen, Bern, Wien
- Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (Hrsg.) [2006 u. 2007] Jahrbuch Sucht, Neuland, Geesthacht
- Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen [1997], Aktionsplan Alkohol, Hamm
- Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung (Hrsg.) [2003], Aktionsplan Drogen und Sucht, Berlin
- Weltgesundheitsorganisation WHO[2006], Handlungsrahmen für Alkoholpolitik in der Europäischen Region der WHO, WHO-Regionalbüro für Europa, Kopenhagen

Quellen

- ⁱ Deutscher Werberat, Verhaltensregeln Werbung für alkoholhaltige Getränke, www.interverband.com (Zentralverband der Deutschen Werbewirtschaft)
- ⁱⁱ Rolf Hüllinghorst, Versorgung Abhängigkeitskranker in Deutschland, in: Jahrbuch Sucht 06, Neuland Heesthacht 2006
- ⁱⁱⁱ John, U. & Hanke, M (2002) Alcohol-attributable mortality in a high per capita consumption country – Germany, in: Alcohol and Alcoholism 37; 581-585
- ^{iv} Anderson, R. & Baumberg, B. (2006), Alcohol in Europe – A Public Health Perspective, London, Institute of Alcohol Studies
- ^v Polizeiliche Kriminalstatistik, Berichtsjahr 2004
- ^{vi} Statistisches Bundesamt, Alkoholunfälle im Straßenverkehr 2004
- ^{vii} Klein, M. in: „Familiengeheimnisse – wenn Eltern suchtkrank sind und die Kinder leiden, Dokumentation Fachtagung 2003, BMGD in Coop mit DHS
- ^{viii} www.nacoa.de/fakten
- ^{ix} Alkoholkonsum und alkoholbezogene Störungen in Deutschland, Schriftenreihe des BMG. Band 128, Nomos-Verlag Baden-Baden, 2000
- ^x Anderson, R. & Baumberg, B. (2006), Alcohol in Europe – A Public Health Perspective, London, Institute of Alcohol Studies
- ^{xi} Fact sheet „Alcohol Policies”, Institute of Alcohol Studies, London, <http://www.ias.org.uk/resources/factsheets/policies.pdf>

Stand: Februar 2007

Kontakt

Gabriele Bartsch
Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V.
Westenwall 4
59065 Hamm
Tel. 02381 9015-17
Fax 02381 9015-30
bartsch@dhs.de
www.dhs.de